

Antrag Ini 01: Solidarität mit der Ukraine. Nein zu Putins Krieg. Frieden Jetzt.

Laufende Nummer: 126

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen in der Fassung der Antragskommission
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativ-Anträge

1 **Solidarität mit der Ukraine. Nein zu Putins Krieg. Frieden Jetzt.**

2 Die SPD Baden-Württemberg verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands
3 gegen die Ukraine auf das Schärfste. Wir sind erschüttert über Putins offenen Krieg
4 und den eklatanten Bruch des internationalen und humanitären Völkerrechts. Der
5 brutale Krieg verursacht enormes Leid. Die gezielte Bombardierung von Wohngebieten,
6 Schulen und Krankenhäusern durch die russische Armee hat bereits Tausende von
7 Menschenleben gefordert. Mit aller Deutlichkeit machen wir klar: Wir stehen fest
8 entschlossen an der Seite der Ukrainer:innen, die auf beeindruckende Weise Widerstand
9 gegen die militärische Aggression leisten.

10 Die Gräueltaten der russischen Armee in zahlreichen Orten der Ukraine sind
11 schockierend. Die Angriffe auf und die Ermordung von Zivilist:innen sind
12 Kriegsverbrechen. Sie müssen aufgearbeitet und geahndet werden. Die Verantwortlichen
13 gehören vor den Internationalen Strafgerichtshof. Präsident Putin und sein Regime
14 müssen für diesen ungerechtfertigten und grundlosen Krieg zur Verantwortung gezogen
15 werden.

16 Wir fordern Präsident Putin auf, seinen Krieg gegen die Ukraine unverzüglich
17 einzustellen und seine Streitkräfte aus der Ukraine abzuziehen. Wir rufen Russland
18 nachdrücklich auf, sicheren und ungehinderten humanitären Zugang zu den Opfern seines
19 Angriffs in der Ukraine zu gewährleisten und den Zivilist:innen, die ihr Zuhause
20 verlassen müssen, sichere Fluchtwege zu gewährleisten.

21 Der russische Angriffskrieg richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern ruft
22 auch Existenzängste bei anderen nord- und osteuropäischen Staaten hervor. Der Krieg
23 zerstört die über Jahrzehnte entwickelte europäische Friedensordnung. Er ist ein
24 Angriff auf unsere Grundwerte, unsere Freiheit, unsere Demokratie und
25 Rechtsstaatlichkeit. Die Welt ist eine andere geworden. Für uns als SPD bedeutet das,
26 die Situation neu zu bewerten und unsere Politik strategisch neu auszurichten. Dabei
27 müssen wir auch unsere Politik gegenüber Russland der letzten 20 Jahre kritisch
28 betrachten. Die SPD Baden-Württemberg steht hinter Bundeskanzler Olaf Scholz und der
29 Bundesregierung bei ihrem entschlossenen, umsichtigen und überlegten Handeln zur
30 Unterstützung der Ukraine. Wir sind dankbar, dass wir einen Bundeskanzler Olaf Scholz
31 haben, der unser Land besonnen durch diese Krise steuert, und eine Bundesregierung,
32 die einen klaren Kompass hat.

33 Bei vielen Bürger:innen führt der Krieg in der Ukraine zu Sorgen und Unsicherheiten.
34 Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst. Unsere Aufgabe ist es, die Bürger:innen im Land
35 umfassend über die aktuelle Lage zu informieren und jeden Tag unsere Entscheidungen
36 zu erklären. Wir haben einen klaren Standpunkt und scheuen daher auch keine
37 kontroversen Debatten. Die Landesregierung ist in der Pflicht, die Auswirkungen des
38 Ukraine-Krieges auf die Bevölkerung in Baden-Württemberg abzufedern.

39 **I. Frieden und Freiheit verteidigen**

40 Deutschland steht in besonderer Verantwortung, alles dafür zu tun, dass aggressiver
41 Nationalismus und Imperialismus im 21. Jahrhundert in Europa und der Welt keinen
42 Platz mehr haben. In Anerkennung dieser Verantwortung und unserer eigenen Geschichte
43 unterstützen wir das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine uneingeschränkt. Dabei ist
44 essenziell, dass unsere Unterstützung schnell wirkt, unsere Landes- und
45 Bündnisverteidigung nicht gefährdet wird und unser Handeln international abgestimmt
46 ist. Deutschland sollte keinen Alleingang machen. Gleichzeitig ist richtig, dass die
47 NATO selbst und unsere Bündnispartner:innen selbst nicht direkt als Kriegspartei in
48 den Krieg eingreifen.

49 Im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen liefert Deutschland Waffen zur
50 Selbstverteidigung in die Ukraine und billigt die Lieferung aus Drittstaaten. Diese
51 Waffenlieferungen erfolgen wie die Sanktionen in enger Abstimmung mit unseren
52 europäischen und transatlantischen Partnern.

53 Wir fordern die Bundesregierung auf, Lieferung benötigter Ausrüstung an die Ukraine
54 fortzusetzen und wo möglich zu beschleunigen und dabei auch die Lieferung auf schwere
55 Waffen und komplexe Systeme etwa im Rahmen des Ringtausches erweitert werden, ohne
56 die Fähigkeiten Deutschlands zur Bündnisverteidigung zu gefährden.

57 Als SPD Baden-Württemberg unterstützen wir den Grundsatz „Liefere, was möglich ist“
58 aus den Beständen der Bundeswehr. Der Zustand unserer Bundeswehr begrenzt diese
59 Möglichkeiten jedoch stark. Auch vor diesem Hintergrund befürworten wir das
60 angekündigte „Sondervermögen Bundeswehr“ zur Stärkung der Fähigkeiten zur Landes- und
61 Bündnisverteidigung und die damit verbundenen Investitionen. So erfüllen wir auch
62 unsere internationalen Verpflichtungen.

63 Wir begrüßen umfassende Finanzhilfen für direkte Waffenkäufe der Ukraine, welche die
64 Bundesregierung ermöglicht. Für direkte Bestellungen von hiesigen Rüstungsfirmen hat
65 Bundeskanzler Olaf Scholz zwei Milliarden Euro als Rüstungshilfe für Partnerländer
66 zur Verfügung gestellt, zum großen Teil zugunsten der Ukraine. Darüber hinaus
67 befürworten wir die finanzielle Unterstützung für die Bereitstellung von Ausrüstung
68 für die ukrainische Armee und von Hilfsgütern durch die EU in Höhe von 1,5 Milliarden
69 Euro aus der Europäischen Friedensfazilität.

70 Auch über den Bereich der Verteidigung hinaus müssen wir unsere internationale
71 Verantwortung verstärkt wahrnehmen. Wir benötigen zusätzliche Mittel im Bereich der
72 Entwicklungszusammenarbeit, des zivilen Friedensdienstes, der humanitären Hilfe und
73 für den internationalen Klimaschutz. Die humanitäre Hilfe auf zwei Milliarden Euro
74 aufzustocken und damit gegenüber der ursprünglichen Planung annähernd zu verdoppeln,
75 ist ein wichtiger Schritt.

76 Unser Ziel bleibt die Herstellung einer europäischen Friedens- und
77 Sicherheitsordnung, die für alle Staaten gleichermaßen Gültigkeit hat und die
78 Unverletzbarkeit ihrer Grenzen garantiert. Wir werden uns Gesprächen mit Russland
79 nicht verweigern. Auch in dieser extremen Lage ist es die Aufgabe der Diplomatie,
80 Gesprächskanäle offenzuhalten. Wir stehen ein für den Frieden in Europa. Wir werden
81 uns niemals abfinden mit Gewalt als Mittel der Politik. Wir werden uns immer
82 starkmachen für die friedliche Lösung von Konflikten. Und wir werden nicht ruhen, bis
83 der Frieden in Europa gesichert ist. Dabei stehen wir nicht allein, sondern zusammen
84 mit unseren Freunden und Partnern in Europa und weltweit. Die Verhandlungen über
85 einen Waffenstillstand und ein Ende des Krieges führt die Ukraine. Und allein bei der
86 Ukraine liegt letztlich auch die Entscheidung über die Bedingungen eines Friedens.
87 Die SPD begrüßt die Einigkeit und die Anstrengungen der Europäischen Union bei der
88 Reaktion auf den völkerrechtlichen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Putin hat
89 damit gerechnet, dass die EU schwach ist und sich nie auf Sanktionen und ein
90 gemeinsames Handeln einigen kann. Er hat sich getäuscht.

91 Als SPD stehen wir für einen umfassenden Sicherheitsbegriff: Sicherheit für Europa,
92 Sicherheit für Deutschland und Sicherheit für jede:n Einzelne:n. Deshalb unterstützen
93 wir die Ukraine, verhindern eine Ausweitung des Krieges, aber federn auch die
94 wirtschaftlichen und sozialen Härten ab, die Putins Krieg uns aufzwingt.

95 **II. Unabhängigkeit von russischen Energieimporten sicherstellen,** 96 **Energiewende beschleunigen**

97 Der rasche Ausbau erneuerbarer Energien ist gerade vor dem Hintergrund des russischen
98 Angriffskriegs gegen die Ukraine zu einer doppelten Existenzfrage geworden: in Bezug
99 auf die Ökologie und auch auf unsere Souveränität. Die Abhängigkeit vieler
100 europäischer Staaten, darunter auch Deutschland, von russischen Energieimporten ist
101 hoch. Die SPD Baden-Württemberg begrüßt die von der Bundesregierung eingeleitete und
102 mit unseren europäischen Partnern abgestimmte Strategie, die darauf zielt, unsere
103 Abhängigkeit von russischem Gas, Kohle und Öl schnellstmöglich wirksam zu reduzieren
104 – mit dem mittelfristigen Ziel der vollständigen Unabhängigkeit. Bei Kohle und Öl
105 wird das noch in diesem Jahr der Fall sein. Bei Gas spätestens in zwei Jahren – die
106 Bundesregierung bemüht sich hier um eine schnellstmögliche Unabhängigkeit. Dabei
107 wollen wir zu jeder Zeit die Energieversorgung für Wirtschaft und Bevölkerung
108 sicherstellen und zu bezahlbaren Energiepreisen beitragen.

109 Wir haben in der EU einen vergemeinschafteten Energiebinnenmarkt. Wir fordern deshalb
110 von der EU eine gemeinsame, von der EU koordinierte Anstrengung, um den
111 gesamteuropäischen Energiebedarf zu decken, der entsteht, wenn die Importe russischen
112 Erdöls und Erdgas geringer werden und schnellstmöglich eingestellt werden. Dazu
113 gehört der Ausbau der innereuropäischen Gasnetze, um eine Umverteilung von Gas in der
114 gesamten EU zu ermöglichen, und die Deckelung von Strompreisen. Außerdem müssen die
115 EU-Beihilfevorschriften so angewandt werden, dass sie den Mitgliedsstaaten erlauben,
116 Unternehmen und Landwirt:innen von hohen Energiepreisen finanziell zu entlasten. Die
117 Kommission soll den Einkauf zur Auffüllung der Gasspeicher koordinieren. Wir fordern
118 die EU zudem auf, den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein weiteres Jahr lang nicht
119 anzuwenden. Dadurch sollen den Mitgliedstaaten die fiskalischen Spielräume eröffnet

120 werden, die Energiekosten für Bürger:innen und Unternehmen so gering wie möglich zu
121 halten. In diesem Zusammenhang soll zudem erwogen werden, den bestehenden
122 Pandemiefonds Next Generation EU umzuwidmen.

123 Gerade in Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an Öl- und Stromheizungen und den
124 deutlichen Defiziten beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ist es sehr wichtig, nun
125 endlich beherzt die Windkraft, die Photovoltaik und die Geothermie auszubauen und der
126 energetischen Gebäudesanierung einen kräftigen Schub zu verleihen. Die Entlastung bei
127 Energiekosten muss unter anderem durch ein Energiegeld abgefedert werden. Den Worten
128 zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien muss die Landesregierung zwingend
129 Taten folgen lassen. Gerade in Baden-Württemberg mit seinem hohen Anteil an Öl- und
130 Stromheizungen merken die Bürgerinnen und Bürger die Folgen gestiegener Energiepreise
131 unmittelbar. Die Landesregierung ist im Angesicht teils existenzgefährdender
132 Kostensteigerungen der Energiekosten in der Pflicht, Koalitionsstreitigkeiten endlich
133 zu beenden und den Worten zum Ausbau Erneuerbarer Energien bei Windkraft,
134 Photovoltaik, Geothermie und der energetischen Gebäudesanierung Taten folgen zu
135 lassen.

136 **III. Herausforderungen im Land mit aller Kraft angehen**

137 Der Krieg in der Ukraine bringt auch für Baden-Württemberg große Aufgaben mit sich.
138 Diese wollen wir als SPD im Land mit aller Kraft angehen. Der Krieg bedeutet für
139 uns, dass wir den zu uns ins Land Geflüchteten helfen. Den Flüchtenden aus der
140 Ukraine muss humanitäre, medizinische und finanzielle Unterstützung geleistet werden.
141 Die Hilfsbereitschaft, die wir überall in unserem Land sehen, ist überwältigend und
142 erfüllt uns mit Stolz. Für uns ist auch klar, dass alle Hilfe, die den ukrainischen
143 Geflüchteten zugutekommt, auch anderen Geflüchteten in Deutschland zusteht. Ein Zwei-
144 Klassen-System unter Geflüchteten darf es nicht geben.

145 Wir wissen aber auch darum, dass sich dieser Krieg auf die Beziehungen zwischen den
146 Menschen in unserem Land auswirkt. Wir stehen entschlossen gegen jegliche Form der
147 pauschalen Ausgrenzung auch gegenüber der russischstämmigen Bevölkerung in Baden-
148 Württemberg. Jede:r ist gefordert, zu verhindern, dass das gesellschaftliche Gift
149 Putins in unserem Zusammenleben Einzug hält. Deshalb beziehen wir aber auch klar
150 Stellung gegen Demonstrationen, die sich mit dem russischen Angriffskrieg
151 solidarisieren. Hier müssen die Mittel des Rechtsstaats ausgeschöpft werden, um der
152 Verherrlichung von Krieg und Kriegsverbrechen Einhalt zu gebieten.

153 **1. Gerechte Verteilung von Kriegsgeflüchteten steuern**

154 Die Verteilung der Geflüchteten soll sowohl innerhalb der EU als auch in Deutschland
155 gerecht erfolgen, um eine Überlastung einzelner Länder, Bundesländer oder Kommunen zu
156 vermeiden. Wir begrüßen es, dass im Mai eine neue „Fachanwendung zur Registerführung,
157 Erfassung und Erstverteilung zum vorübergehenden Schutz - FREE“ eingeführt wurde, die
158 Prozesse der Verteilung optimieren soll. FREE ermöglicht bereits vor der
159 Registrierung im Ausländerzentralregister eine individualisierte und nachvollziehbare
160 Verteilung auf die Länder und Kommunen. Die Verteilentscheidungen sollen später
161 nachvollzogen und Doppelanmeldungen und -verteilungen verhindert werden. Dies soll
162 auch zur Vermeidung von Menschenhandel und Zwangsprostitution beitragen.

163 Die SPD Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich die erstmalige Aktivierung des
164 Notfallmechanismus für vorübergehenden Schutz von Geflüchteten durch die EU. Wir
165 fordern die EU auf, die Kommunen in den Grenzregionen zur Ukraine gezielt und
166 koordiniert zu unterstützen, indem sie auf eine gerechte Verteilung von Geflüchteten
167 innerhalb der gesamten EU hinwirkt. Dabei können Aufnahmequoten ein Instrument sein.

168 **2. Zügige Registrierung sicherstellen**

169 Die meisten Menschen aus der Ukraine reisen mit biometrischen Pässen visafrei in die
170 EU ein und genießen 90 Tage Freizügigkeit im Schengenraum. Niemand kann gezwungen
171 werden, sich sogleich registrieren zu lassen. Seitens der polnischen Behörden werden
172 jedoch alle Menschen, die über die Schengen-Außengrenze in die EU einreisen,
173 kontrolliert. Darüber hinaus ist unsere Bundespolizei in Zügen und Bussen nach
174 Deutschland präsent und kontrolliert dort ebenfalls intensiv. Alle Menschen ohne
175 ukrainische Pässe sowie Drittstaatsangehörige werden erfasst und registriert.

176 Eine Registrierung der Geflüchteten, die in Deutschland bleiben wollen, findet am
177 Zielort statt, wenn diese ein Schutzbegehren (u.a. Unterkunft, medizinische
178 Versorgung) äußern oder einen Aufenthaltstitel oder staatliche Leistungen beantragen.
179 Der Bund hat in Abstimmung mit den Ländern Maßnahmen zu Erleichterungen im
180 Registrierungsprozess ergriffen. Nun gilt es, den Ausbau der
181 Registrierungskapazitäten in den Ländern rasch voranzutreiben und technische Probleme
182 abzustellen. Zusätzlich soll die Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der
183 Registrierung vor Ort unterstützen und mithilfe ihrer weniger fehleranfälligen
184 technischen Möglichkeiten unbürokratisch und schnell dabei helfen, die Geflüchteten
185 vollständig zu registrieren.

186 **3. Mehr Wohnraum schaffen**

187 Die Situation auf den Wohnungsmärkten in weiten Teilen des Landes hat sich in den
188 vergangenen Jahren verschärft. Die Landesregierung war nicht dazu bereit,
189 entschlossen für bezahlbaren Wohnraum einzutreten und die entsprechenden Maßnahmen zu

190 ergreifen. Vor diesem Hintergrund bereitet es Schwierigkeiten, für die nach Baden-
191 Württemberg Geflüchteten Wohnungen zur Verfügung zu stellen – auch wenn zunächst
192 viele Menschen im Land rasch Wohnraum zur Verfügung gestellt haben. Es wird jedoch
193 viel mehr und angemessener Wohnraum benötigt. Deshalb ist das Land gefordert, alle
194 hierfür erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu zählen beispielsweise die
195 Schaffung von modularem Wohnraum auf Landesflächen, Erleichterungen bei der Planung
196 und Genehmigung von Wohnungen und die Unterstützung von Kommunen bei der Schaffung
197 von Unterkünften für Geflüchtete. Die aktuelle Situation sollte Anlass genug sein,
198 endlich auch von Landesseite die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich
199 aufzustocken und das Zweckentfremdungsverbot zu verschärfen. Spätestens jetzt muss
200 klar sein, dass jede verfügbare Wohnung im Land genutzt werden muss – auch die
201 Wohnungen, die schon länger leer stehen.

202 **4. Zugang zu Kitas, Schulen und Hochschulen unbürokratisch ermöglichen**

203 40 Prozent der Geflüchteten aus der Ukraine in Baden-Württemberg sind Minderjährige.
204 Sie brauchen unsere besondere Unterstützung. Oberstes Ziel muss sein, Kindern und

205 Jugendlichen kurzfristig und unbürokratisch den Zugang zu Kitas und Schulen zu
206 ermöglichen. Es ist wichtig, dass bereits eingerichtete sowie noch neu zu schaffende
207 Strukturen belastbar, dauerhaft und nachhaltig sind.

208 Wir setzen uns dafür ein, dass schnell Spiel- und Betreuungsmöglichkeiten für
209 geflüchtete Kleinkinder ermöglicht werden. In einem ersten Schritt müssen
210 niedrigschwellige und flexible Angebote für Kleinkinder und Räume zum Spielen
211 geschaffen werden – am besten in Kooperation mit den örtlichen Sport-, Musik- und
212 Kunstvereinen oder der Jugendhilfe. Für ukrainische Mütter kann in der aktuellen
213 Situation auch ein zeitlich begrenztes Betreuungsangebot hilfreich sein. Sobald die
214 Familien entschieden haben, mittelfristig an einem Ort zu bleiben, sollen Kleinkinder
215 die Möglichkeit für einen Kita-Besuch erhalten. Da die Wartelisten vielerorts sehr
216 lang sind, ist ein abgestimmtes und nachvollziehbares Vorgehen wichtig. Das
217 Kultusministerium sollte in Kooperation mit Städten und Gemeinden die Frage klären,
218 wie sie bei der Vergabe der begehrten Plätze vorgehen können. Um Neiddebatten zu
219 vermeiden, sind an diesem Punkt klare Richtlinien und maximale Transparenz den Eltern
220 gegenüber wichtig. Wir machen uns dafür stark, ein Kita-Platz-Sharing einzuführen.
221 Insbesondere in SStädten und Gemeinden mit zu wenigen Betreuungsplätzen und langen
222 Wartelisten kann das Kita-Platz-Sharing eine gute Übergangslösung darstellen. Dabei
223 teilen sich zwei neue Kinder zunächst einen Platz und besuchen die Kita vorerst nur
224 zwei bzw. drei Tage pro Woche. Sobald es freie Kapazitäten gibt, können die Kinder
225 auf fünf Tage und damit einen regulären Betreuungsplatz aufstocken. Damit wird
226 ermöglicht, dass Eltern zumindest in Teilzeit wieder in den Beruf einsteigen und
227 geflüchtete Mütter Deutsch-Kurse oder eine Beschäftigung aufnehmen können.

228 Noch bestehende bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden, sodass den
229 ukrainischen Lehrkräften sowie den ukrainischen Schüler:innen ein schneller und
230 unkomplizierter Zugang zu den Schulen gewährleistet werden kann. Das
231 Kultusministerium trägt die Verantwortung für einheitliche und klare Vorgaben. Offene
232 Fragen dürfen nicht auf die Kommunen und Schulen abgewälzt werden. Zur Unterstützung
233 des baden-württembergischen Schulsystems bei der Schaffung von Strukturen für
234 ukrainische Geflüchtete im Kita- und Schulalter braucht es zusätzliche Lehrkräfte und
235 Unterstützer:innen. Insbesondere im Rahmen des Erwerbs der deutschen Sprache in den
236 Vorbereitungsklassen ist der Einsatz von weiterem Personal notwendig. Das Land muss
237 sich um zusätzliche Dolmetscher:innen bemühen, die sowohl die Eltern und
238 Schüler:innen als auch die Lehrkräfte aus der Ukraine bei der Anmeldung an den
239 Schulen unterstützen. Dazu muss das Land die notwendigen finanziellen Mittel
240 bereitstellen. Dies kann auch im Rahmen kommunaler Dolmetscher:innen-Pools erfolgen.

241 Grundsätzliches Ziel muss es sein, die ukrainischen Schüler:innen in die Regelklassen
242 zu integrieren, um einen geregelten Alltag und die Aufnahme in das deutsche
243 Bildungssystem zeitnah zu ermöglichen. Ukrainische Kinder benötigen mit Blick auf
244 ihre Herkunftsgesellschaft und eine Rückkehr in die Ukraine aber auch
245 herkunftssprachlichen Unterricht und zumindest in Teilen einen Unterricht nach
246 ukrainischen Lehrplänen. Für den Unterricht ukrainischer Schüler:innen ist
247 gegebenenfalls die Anmietung weiterer Räumlichkeiten notwendig. Insbesondere für die
248 Teilnahme am digitalen ukrainischen Unterricht ist der Zugang zu W-LAN und die

249 Bereitstellung digitaler Leihgeräte zu organisieren. Hierfür müssen die Kommunen
250 finanzielle Unterstützung vom Land erhalten.

251 Zur Unterstützung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen bei der Verarbeitung der
252 Ereignisse und Erfahrungen braucht es auch im Bildungssystem dringend den Einsatz von
253 Psycholog:innen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass der Krieg in der Ukraine
254 Auswirkungen auf alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland hat. Diese brauchen
255 ebenfalls psychologische Betreuung, um mit ihren Erlebnissen und Empfindungen
256 umzugehen. Insbesondere die Situation geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus
257 anderen Ländern dürfen dabei nicht aus unserem Blick geraten. Der Ausbau der
258 Schulpsychologie muss daher von der Landesregierung so rasch wie möglich angegangen
259 werden.

260 Die Hochschulen müssen bei der Integration von Studierenden aus der Ukraine
261 unterstützt werden. Die Studierendenwerke unterstützen Studierende psychologisch und
262 vermitteln ihnen Wohnraum. Sie müssen gestärkt werden. Außerdem braucht es Brücken-
263 und Sprachkurse sowie Betreuung der Kinder von diesen Studierenden.

264 **5. Integration durch Sprache und Arbeit**

265 Da Sprachkenntnisse den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Integration erleichtern, muss
266 den ukrainischen Geflüchteten ein zügiger und unbürokratischer Zugang zur
267 Sprachförderung ermöglicht werden. Deshalb sind für Schutzsuchende aus der Ukraine
268 Integrations- und Berufssprachkurse, Erstorientierungskurse für Asylbewerber:innen,
269 das Programm „Migrantinnen einfach stark im Alltag“ und die Migrationsberatung für
270 Erwachsene des Bundes geöffnet.

271 Bezogen auf den Arbeitsmarkt ist davon auszugehen, dass viele Menschen aus der
272 Ukraine mittel- oder langfristig in Baden-Württemberg bleiben werden. Über die
273 Fiktionsbescheinigung erhalten alle aus der Ukraine Geflüchteten eine
274 Arbeitserlaubnis ab dem Zeitpunkt ihrer Registrierung. Herausforderungen bleiben aber
275 u.a. die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Weiterbildungen, der Ausbau von
276 Sprachkursen und eine verlässliche Kinderbetreuung. Insbesondere bei der
277 verlässlichen Kinderbetreuung als Voraussetzung dafür, dass Eltern Sprachkurse
278 belegen und eine Tätigkeit aufnehmen können, besteht von Landesseite akuter
279 Handlungsbedarf. Ferner muss der Fokus verstärkt auf den Ausbildungsmarkt gerichtet
280 werden. Die Ausbildung von Geflüchteten muss von Landesseite beispielsweise über
281 spezielle Sprachkurse unterstützt werden. Dies nutzt nicht nur den geflüchteten
282 Menschen, um in Baden-Württemberg beruflich Fuß fassen zu können, sondern auch den
283 Betrieben im Land, die darüber klagen, dass verstärkt Ausbildungsplätze nicht besetzt
284 werden können.

285 **6. Wirtschaftsstandort stärken, Arbeitsplätze sichern**

286 Nach der wirtschaftlichen Beeinträchtigung durch die Corona-Pandemie ist der Ukraine-
287 Krieg eine weitere immense Belastung für die baden-württembergische Wirtschaft.
288 Geschlossene Produktionsstätten in Russland, unterbrochene Lieferketten und massiv
289 gestiegene Energiepreise sind für viele Firmen problematisch. Umso wichtiger, dass
290 das Land industrie- und strukturpolitisch aktiv wird und Maßnahmen ergreift, um den
291 Wirtschaftsstandort zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Die SPD-Landtagsfraktion

292 hat hierzu im April 2022 ein Fünf-Punkte-Papier vorgelegt.

293 **7. Desinformation und Propaganda konsequent bekämpfen**

294 Der Krieg in der Ukraine ist auch ein Informationskrieg. Seit der durch die
295 westlichen Sanktionen bewirkten Einschränkung der Reichweite Russlands staatsnaher
296 Medien werden pro-russische Desinformation und Propaganda verstärkt über Accounts in
297 sozialen Medien verbreitet. Ziel dieser Form der Einflussnahme im Informationsraum
298 ist es, aktuelle Konfliktthemen in opportunistischer Weise auszunutzen, um
299 vorsätzlich falsche bzw. irreführende Informationen zu verbreiten. Damit sollen
300 gesellschaftliche Spaltungen vertieft, das Vertrauen in demokratische und
301 rechtstaatliche Institutionen oder die Unabhängigkeit der Medien untergraben und
302 politische Entscheidungsprozesse gestört werden. Die Landesregierung muss deshalb
303 Desinformation und Propaganda endlich in ihre Digitalisierungsstrategie aufnehmen.
304 Hierbei geht es um die Innere Sicherheit und insbesondere um den gesellschaftlichen
305 Zusammenhalt.

306 **8. Cybersicherheit stärken**

307 Auch Cyberangriffe gehören zur hybriden Kriegsführung. Es besteht aktuell auch in
308 Baden-Württemberg eine erhöhte Gefährdungslage durch Cyberangriffe. Die zuständigen
309 Behörden müssen betroffene Stellen, insbesondere die Betreiber kritischer
310 Infrastrukturen, für die erhöhte Gefährdungslage sensibilisieren. Konsequenz aus dem
311 Angriffskrieg Russlands muss sein, die Cybersicherheit von Behörden, kritischer
312 Infrastrukturen und der Wirtschaft zu erhöhen. Der vorhandene Flickenteppich muss
313 durch eine schlagkräftige Cyberabwehr ersetzt werden.

314 **9. Zivilschutz ausbauen**

315 Der russische Angriffskrieg, die Flutkatastrophe im vergangenen Jahr und die Corona-
316 Pandemie haben deutlich gemacht, dass es Defizite im Zivil- und Katastrophenschutz
317 gibt. Bund und Länder müssen den Zivilschutz, die zivile Verteidigung sowie den
318 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz schnellstmöglich stärken und den Rückbau von
319 Schutzräumen stoppen. In einem ersten Schritt fordern wir kurzfristig eine
320 Aktualisierung des Katastrophenschutzplans des Landes. Bisher wird die veränderte
321 Sicherheitslage nicht berücksichtigt.